

Memet Kilic

- (A) *Besonders traurig, aber auch empörend finde ich, dass selbst Kinder ab dem sechsten Lebensjahr Fingerabdrücke abgeben müssen. Können sich Bundesbürgerinnen und -bürger eine solche erkennungsdienstliche Behandlung ihrer sechsjährigen Kinder oder Enkelkinder vorstellen? Es ist schamlos, dass die europäische Verordnung mehrfach auf die geltenden Menschenrechte und Kinderrechte hinweist und ein paar Zeilen weiter sechsjährige Kinder verpflichtet, wie in einem Strafverfahren ihre Fingerabdrücke abzugeben. Das ist skandalös.*

Unerträglich ist auch, dass die Gebühren für die Aufenthaltskarte um 50 Euro steigen sollen. Während der elektronische Personalausweis für deutsche Staatsangehörige in Zukunft für etwa 28 Euro erhältlich sein wird, sollen Drittstaatenangehörige für die vergleichbare Aufenthaltskarte bis zu 250 Euro zahlen. Diese eklatante Benachteiligung ist mit nichts zu rechtfertigen.

Schließlich ist die Verwendung der Aufenthaltskarte als elektronischer Identitätsnachweis problematisch. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, BSI, empfiehlt den Ausweisinhaberinnen und -inhabern, zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Seitens der Regierung hört man außer wenig hilfreicher Empfehlungen wie, die Antivirensoftware stets auf dem aktuellen Stand zu halten, nichts. Was können Betroffene jedoch tun, wenn die Betreiber der Antivirensoftware nicht schnell genug Updates anbieten oder die Anwenderinnen und Anwender mit der Software nicht klarkommen? Darauf hat die Bundesregierung keine Antwort.

- (B) *Ich fordere die Bundesregierung auf, die Erfassung von Fingerabdrücken nicht einzuführen und sich auf europäischer Ebene für eine Änderung der Verordnung einzusetzen.*

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Interfraktionell wird Überweisung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 17/3354 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es andere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 22 a und b auf:

- a) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Karin Roth (Esslingen), Burkhard Lischka, René Röspel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Deutschlands Verantwortung für die Gesundheit in Entwicklungsländern – Vernachlässigte Krankheiten bekämpfen, Kinder- und Müttersterblichkeit verringern und Globalen Fonds stärken

– Drucksachen 17/2135, 17/3474 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Sabine Weiss (Wesel I)
Karin Roth (Esslingen)
Helga Daub

Niema Movassat
Uwe Kekeritz

(C)

- b) Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Global Health Governance“ stärken – Gesundheitsversorgung in Entwicklungs- und Schwellenländern voranbringen

– Drucksache 17/3437 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Gesundheit

Die Reden werden zu Protokoll genommen.¹⁾

Wir kommen zur Abstimmung.

Tagesordnungspunkt 22 a. Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/3474, den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/2135 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Gegenstimmen der SPD-Fraktion und Enthaltung der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen angenommen.

Tagesordnungspunkt 22 b. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/3437 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. (D) Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 25 a und b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Wilhelm Priesmeier, Dirk Becker, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Herausforderung Klimawandel – Landwirtschaft 2050

– Drucksache 17/1575 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Cornelia Behm, Ulrike Höfken, Friedrich Ostendorff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Klimabilanz im Ackerbau verbessern

– Drucksache 17/2487 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und

¹⁾ Anlage 15

- (A) Verbraucherschutz (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Die Reden werden zu Protokoll gegeben.

Johannes Röring (CDU/CSU):

Zunächst muss ich den Kolleginnen und Kollegen der Opposition zumindest zugute halten, dass sie mit ihren Anträgen die Bedeutung der Landwirtschaft im Allgemeinen bei den Themen Ernährungssicherheit, Welt-ernährung und Klimawandel anerkennen. Allerdings muss man feststellen, dass die inhaltliche Analyse und Beurteilung bis auf wenige Ausnahmen desaströs ist. Die Zielrichtung der Anträge ist grundsätzlich vollkommen verfehlt.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn ganz konkret eine These aufstellen, die ich in meinen weiteren Ausführungen dann erklären möchte: Die Landwirtschaft kann einen großen Beitrag zum Klimaschutz leisten, wenn sie denn effizient und intensiv betrieben wird.

Aber nicht nur in Fragen des Klimaschutzes, sondern auch in Fragen der Welternährung, des Einsatzes und der Erzeugung erneuerbarer Energien sowie zum Schutz der Biodiversität ist eine effiziente Landwirtschaft von entscheidender Bedeutung. Sie ist in der Lage, eine wichtige Rolle für die zukünftige positive Entwicklung vieler Regionen der Welt zu übernehmen.

Die Landwirtschaft ist bzw. wird in der Zukunft ohne Zweifel Betroffener des Klimawandels sein. Es ist aber auch nicht zu verneinen, dass die landwirtschaftliche Produktion Treibhausgase emittiert, wobei man gleich betonen muss, dass die Land- und Forstwirtschaft die einzigen Sektoren sind, die in ihrer Produktion schädliche Klimagase binden. Dies ist ein Punkt, den Sie zumindest in Ihren Anträgen anerkennen und nicht auch noch infrage stellen. Allerdings fehlt in Ihrer anklagenden Betrachtung ein Aspekt, den ich in diesem Zusammenhang in die Diskussion einfließen lassen möchte: dass beispielsweise bei den weltweiten Methanemissionen mehr als die Hälfte auf natürliche Quellen – wie Feuchtgebiete, Wälder oder Termiten – zurückzuführen ist. Diese Fakten werden in Ihrer Argumentation gerne vergessen.

Die Landwirtschaft ist beim Klimawandel aber nicht nur Betroffener oder Verursacher, sondern auch ein Teil der Lösung. Ihr kommt bei der Lösung globaler Klimafragen ohne Zweifel eine zentrale Rolle zu. Ich möchte sogar noch weiter gehen und betonen, dass ihr grundsätzlich bei der Entwicklung einer zukunftsfähigen, auf natürlichen Ressourcen basierenden Wirtschaft eine entscheidende Rolle zukommt. Die Vereinten Nationen, die Weltbank und viele an dem Diskussionsprozess beteiligte Partner haben eine Reihe gesellschaftlicher Herausforderungen entdeckt, denen wir dringend begegnen müssen: das gleichzeitige Auftreten von Unter- und Mangelernährung bei einem anhaltenden Bevölkerungswachstum, die Zerstörung von landwirtschaftlich und forstlich nutzbarer Fläche, Wassermangel, die Verlagerung von Anbauzonen durch den globalen Klimawandel sowie der Rückgang biologischer Vielfalt, also Biodiversität. Der Anstieg der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Erzeugnissen – wie zum Beispiel hochwer-

tigen Lebensmitteln und insbesondere tierischen Produkten – wird darüber hinaus durch das dynamische Wirtschaftswachstum in China, Indien und weiteren Schwellenländern verstärkt. Zusätzlich ist mit dem weltweiten Bedarf an Energie und Rohstoffen die Notwendigkeit verbunden, Biomasse aufgrund der Endlichkeit fossiler Ressourcen und aufgrund des Klimaschutzes stärker für die energetische und stoffliche Verwertung zu nutzen.

Wir müssen also erkennen, dass nicht nur die landwirtschaftliche Produktionsmenge zunehmen muss. Vielmehr zeigen darüber hinaus die aktuellen Entwicklungen, dass die verfügbare Anbaufläche für landwirtschaftliche Produkte weltweit pro Erdenbewohner dramatisch abnehmen wird; laut wissenschaftlicher Prognosen wird sie sich bis zum Jahr 2040 halbieren.

Deshalb ist es unabdingbar, die Leistungsfähigkeit unserer Kulturpflanzen und damit die Effizienz der Landwirtschaft entscheidend zu steigern, so zum Beispiel für Pflanzen mit verbessertem Nährstoffgehalt, höherer Energiedichte, größerer Widerstandsfähigkeit gegen klimatischen Stress oder Widerstandsfähigkeit gegen Schädlinge und Krankheiten. Damit besteht die Möglichkeit der Vermeidung von Ertrags- und Qualitätsverlusten. Auch ökologische Vorteile, wie reduzierter chemischer Pflanzenschutz und verbesserter Erosionsschutz, sind zu nennen.

Angesichts meiner Argumentation erschreckt es mich nun schon, dass die Kollegen der Grünen in ihrem Antrag die Weltbank dahin gehend zitieren, dass in Entwicklungsländern von bis zu 21 Prozent weniger landwirtschaftlichen Erträgen bis 2080 ausgegangen wird, und sie im weiteren Verlauf alle Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Entwicklung negieren. Vielmehr setzen sie auf ineffiziente Anbaumethoden, glorifizieren den Ökoanbau und sind nicht wirklich an Lösungen interessiert, die den hungernden und mangelernährten Menschen eine Perspektive bieten.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch die Bundesregierung lobend erwähnen, die den Lösungsansatz hin zu einer verbesserten Effizienz als sehr bedeutend betrachtet und deshalb besonders den Bereich Forschung durch diverse Aktivitäten unterstützt. Hier sind besonders das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und das Ministerium für Bildung und Forschung zu nennen, durch die bereits eine Vielzahl verschiedener Forschungsprojekte und Aktivitäten in der Vergangenheit gestartet worden sind. Im Januar 2008 wurde der Startschuss zu einer verbesserten Forschungsförderung gegeben. Mit 200 Millionen Euro werden aktuell und in den nächsten Jahren Projekte in der Bioenergie-, Agrar- und Ernährungsforschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft gefördert. Das Ziel ist es, eine in der Grundlagenorientierung und im Anwendungsbezug exzellente Agrar- und Ernährungsforschung aufzubauen und mit der Ausbildung sowie mit dem Transfer in Wirtschaft und Gesellschaft zu verbinden. Dadurch sollen anwendungsorientierte Kompetenznetze mit internatio-

Johannes Röring

- (A) *naler Sichtbarkeit und Attraktivität entstehen und Beiträge für die Lösung gesellschaftlicher Probleme liefern.*

Auch aus dem Entwicklungshilfeministerium sind positive Ansätze seit dem Regierungswechsel zu vernehmen. Die Schwerpunkte in der Entwicklungshilfe liegen jetzt verstärkt bei der Förderung und dem Aufbau von Agrarstrukturen in den Ländern der dritten Welt. Denn nur durch eine funktionierende Landwirtschaft kann die Grundlage wirtschaftlichen Handelns gelegt werden, können sich Gesellschaften weiterentwickeln und sich so den Herausforderungen der Zukunft stellen.

Abschließend komme ich zu dem Urteil, dass die Anträge, besonders unter dem Gesichtspunkt, welche Rolle die effiziente Landwirtschaft nicht nur beim Klimaschutz, sondern bei vielen weiteren gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit spielen kann, eine große Enttäuschung sind. Sie verschließen die Augen vor der Realität und flüchten sich in ideologische Wunschvorstellungen, anstatt effektive Lösungswege zu erschließen. Aus diesem Grund wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Anträge ablehnen.

Waltraud Wolff (Wolmirstedt) (SPD):

Es ist Zeit, zu handeln. Wir müssen den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens 2 Grad Celsius begrenzen. Dies ist der Anstieg, der in der Wissenschaft als noch beherrschbar gilt. Dieses Ziel erreichen zu wollen, bedeutet: Wir müssen die Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 vermindern.

- (B) *Für Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft wird selbst dieser Anstieg erhebliche Auswirkungen haben. In einigen Regionen werden Hitze- und Trockenperioden zunehmen, in anderen werden starke Regenfälle und damit einhergehend Überschwemmungen häufiger werden. Gerade die Agrarpolitik muss also auf das Erreichen der Klimaziele drängen. Sie muss gleichzeitig – und das liegt in ihrem eigenen Interesse – notwendige Maßnahmen zur Reduzierung der durch Nahrungsmittel- und Biomasseproduktion induzierten Emissionen ergreifen.*

Für Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft wird selbst dieser Anstieg erhebliche Auswirkungen haben. In einigen Regionen werden Hitze- und Trockenperioden zunehmen, in anderen werden starke Regenfälle und damit einhergehend Überschwemmungen häufiger werden. Gerade die Agrarpolitik muss also auf das Erreichen der Klimaziele drängen. Sie muss gleichzeitig – und das liegt in ihrem eigenen Interesse – notwendige Maßnahmen zur Reduzierung der durch Nahrungsmittel- und Biomasseproduktion induzierten Emissionen ergreifen.

Landwirtschaftliche Produktion ist nicht klimaneutral. Die Trockenlegung von Sümpfen und Mooren zur landwirtschaftlichen Nutzung, die Abholzung von tropischen, subtropischen und borealen Wäldern, der Umbruch von Grünland und Brachflächen, der intensive Ackerbau mit engen Fruchtfolgen und Monokulturen, der starke Einsatz von synthetischen Düngemitteln und die intensive Tierhaltung tragen nachweislich zum Klimawandel bei.

Die EU-Kommission betrachtet den Klimawandel als eine der Herausforderungen, an denen sich die zukünftige Agrarpolitik ausrichten muss. Wir haben mit unserem Antrag eine Strategie vorgelegt, mit der diese Herausforderung angenommen werden kann. Die Grünen konzentrieren sich in ihrem Antrag auf den Ackerbau; auch in diesem Antrag werden wichtige Maßnahmen aufgezeigt.

Die Anträge enthalten aber vor allem eines: Sie fordern die Bundesregierung zum Handeln auf. So ist es notwendig, den Stickstoffüberschuss zu verringern. Dies ist unstrittig; das steht ja auch in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. In den Indikatorenberichten steht aber auch, dass wir hier keinen Schritt vorwärtskommen. Daher haben beide Anträge – unserer und der der Grünen – die gemeinsame Forderung, den Stickstoffüberschuss auf 50 Kilogramm je Hektar zu begrenzen. Dies ist notwendig.

Wir fordern in unserem Antrag „Herausforderung Klimawandel – Landwirtschaft 2050“, die größten Treibhausgasquellen der Landwirtschaft mit einem Sofortprogramm zu schließen. Es gilt, den Grünlandumbruch zu unterbinden und die Stickstoffüberschüsse zu begrenzen.

Ich habe es am Anfang schon angeführt: Es liegt im eigenen Interesse der Landwirtschaft, den Klimawandel zu begrenzen. Was hören wir aber immer wieder? Die steigende Nachfrage nach Agrarprodukten wird als Entschuldigung für Untätigkeit im Klimaschutz angeführt. So hat der Berliner Agrarministertag 2010 beschlossene, landwirtschaftliche Produktion führe unvermeidlich zu Treibhausgasemissionen, zunehmende Agrarproduktion werde also zu einem Anstieg der Treibhausgasemissionen führen, vor allem aus der tierischen Produktion. Das ist eine Kapitulation. Diese Feststellung leugnet letztendlich sowohl die Notwendigkeit als auch die Potenziale zur Reduktion von Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft. Zwingend ist vielmehr auch für die Landwirtschaft eine Festlegung konkreter Reduktionsziele und die Einbeziehung der Landwirtschaft in das Regime zur Minderung von Treibhausgasen.

Wir hatten im Februar im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz eine große Anhörung zum Klimaschutz durch die Landwirtschaft. Die Experten haben uns zum Handeln aufgefordert. Es wird Zeit, dieser Aufforderung nachzukommen. Wie das gehen kann, zeigen wir mit diesen Anträgen auf. Jetzt fehlt nur noch eine handelnde Regierung.

Dr. Edmund Peter Geisen (FDP):

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gehören zu den wichtigsten umwelt-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen der heutigen Zeit. Immer wieder legen wissenschaftliche Untersuchungen die Vermutung nahe, dass große Imperien – wie das der Khmer im Mittelalter – aufgrund gravierender klimatischer Veränderungen untergegangen sind.

Leider wird die Bedeutung der Landwirtschaft für diese Entwicklung immer noch sehr einseitig als bloßer Klimakiller dargestellt. Egal, ob die Schlagzeile „Besser essen für das Klima“, „Klimakiller Kuh“ oder „Fleischeslust mit fatalen Folgen“ lautet, wie jetzt während der ARD-Themenwoche „Essen ist leben“: Immer wird die heimische „konventionelle“ Landwirtschaft pauschal mit Negativattributen belegt. Dabei muss die Rolle der Landwirtschaft viel differenzierter betrachtet werden. Warum? Weil sie zwar – weltweit betrachtet – zu den größten Verursachern von Treibhausgasemissionen zählt, Lebensmittel aber kein Produktionsgut wie jedes

Dr. Edmund Peter Geisen

- (A) *andere sind, sondern unsere blanke Existenz sichern und man den CO₂-Ausstoß von Kühen eben nicht mit dem von Autos vergleichen kann, denn die Autoindustrie bindet während ihrer Produktion nun mal kein CO₂!*

Leider zeugen auch die Anträge von SPD und Bündnis 90/Die Grünen von einer einseitigen Sicht auf die Landwirtschaft. Ihre Agrarpolitiker und -politikerinnen erweisen den heimischen Landwirten damit einen Bärendienst. So fordern beide Fraktionen in ihren Anträgen zum Beispiel eine Verschärfung der Düngeverordnung und eine Steuer für mineralischen Stickstoffdünger. Damit steigen die Produktionskosten der heimischen Landwirte weiter, ihre Wettbewerbsfähigkeit sinkt und Produkte aus Ländern mit fragwürdiger Ökobilanz werden preislich noch attraktiver. Davon hat weder das Klima noch unser Landwirt etwas!

Auch soll die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in konkrete Treibhausgasemissionsziele einbezogen und die Bodenschutzrichtlinie angewandt werden. Neben dem enormen Bürokratiemehraufwand stellt sich wieder einmal die Frage nach dem klimarelevanten Nutzen. Denn immer noch brauchen wir bessere wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, wie hoch die Klimagasemissionen aus der Landwirtschaft überhaupt sind. Außerdem kann in anderen Bereichen und Branchen, so bei der Wärmedämmung in Privathaushalten oder im Verkehrssektor, mit weniger Aufwand mehr Klimagas eingespart werden als in der Landwirtschaft.

- (B) *Daneben wird die moderne, unternehmerisch-konventionelle Landwirtschaft in den Anträgen pauschal als Klimakiller stigmatisiert. Der Ökolandbau hingegen soll binnen fünf Jahren auf 20 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausgebaut werden – natürlich mit Steuermitteln. Dabei ist die Klimabelastung vieler Tiererzeugnisse aus ökologischer Produktion pro Ertragseinheit deutlich höher als die aus konventioneller; das liegt vor allem an der extensiven Haltungsform und dem zusätzlichen Flächenverbrauch. Von daher ist die von beiden Fraktionen geforderte Agrarwende – die Klimabilanz sowie die Ernährungssicherung durch Ökolandwirtschaft zu optimieren – ein etwas wirklichkeitsfremder Ansatz. Woher die zusätzlich nötigen Flächen kommen sollen und wie der Güllebedarf bei massiv verringertem Tierbestand gedeckt werden soll, bleibt ihr Geheimnis.*

Auch wir von der FDP-Fraktion sind davon überzeugt, dass wir in der Agrarpolitik umdenken müssen, allerdings in eine ganz andere Richtung, als es SPD und Grüne wollen. Die globalen Herausforderungen bis 2050 sind enorm: Steigerung der Lebensmittelproduktion um bis zu 70 Prozent, gleichzeitig Reduktion der Treibhausgasemissionen um mindestens 80 Prozent und massive Steigerung der Produktion nachwachsender Rohstoffe. Die Hungerrevolten 2008 haben uns schließlich gezeigt, was passiert, wenn die Nachfrage nicht mehr gedeckt wird. Wir von der FDP stehen voll dahinter, was UN-Generalsekretär Ban Ki-moon vor einiger Zeit formulierte: „Wir müssen die historische Gelegenheit für eine Wiederbelebung der Landwirtschaft nutzen.“ Und zwar nicht nur in Afrika, sondern auch bei

- (C) *uns! Wir brauchen den Ausstieg aus der Philosophie des Ausstiegs! Das ist die Kernbotschaft unseres schon in der letzten Legislatur eingebrachten Antrags „Klimaschutz durch effiziente Landwirtschaft“. Lassen Sie mich auf drei Punkte eingehen:*

Erstens. Nur eine effiziente, innovative und unternehmerische Landwirtschaft, mit der standortangepasst und nachhaltig die Erträge zu steigern sind, kann die Herausforderungen der Ernährungs- und Versorgungssicherheit sowie des globalen Klimaschutzes meistern. Das gilt für den heimischen Standort ebenso wie für die Entwicklungsländer. Zur Steigerung der Produktivität in der Land- und Ernährungswirtschaft müssen wir Innovationen und technischen Fortschritt nutzen und nicht verteufern: Das gilt für moderne Landtechnik genauso wie für modernste Betriebsmittel, Pflanzenzüchtung und Bewässerungssysteme. Schon in einigen osteuropäischen Ländern ließe sich mit einfachsten Mitteln die Produktivitätsrate um das Fünffache steigern. Dabei gilt es auch, die verantwortbaren Möglichkeiten der Biotechnologie zu nutzen. Entsprechende Aus- und Fortbildung gehören dazu.

Zweitens. Deutlich gesteigert werden müssen die Investitionen in die Agrarforschung – national wie international. Hier ist in den vergangenen Jahren viel zu wenig passiert. Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel für künftigen Wohlstand und angesichts der Herausforderungen des Klimawandels von entscheidender Bedeutung.

- (D) *Drittens. Wir brauchen die Bioenergie – auch die aus Biomasse. Verbesserte Lebensverhältnisse in Schwellenländern wie China oder Indien ziehen nicht nur eine gesteigerte Nachfrage nach Lebensmitteln nach sich, der Energiebedarf steigt ebenfalls rasant an. Gleichzeitig sind unsere fossilen Rohstoffvorkommen begrenzt. Die Alternative heißt nicht „Teller oder Tank“ – nein, für die Liberalen gilt: „Teller und Tank“, wobei dem Teller immer Vorrang einzuräumen ist.*

Ein Wort noch zu der von uns beschlossenen Absenkung der Agrardieselbesteuerung, die jetzt wieder von SPD und Grünen so heftig als klimaschädlich kritisiert wird: Haben Sie einmal ausgerechnet, wie viele Tonnen Treibhausgase dadurch eingespart worden sind, dass unter Rot-Grün der Agrardiesel deutlich höher besteuert wurde? Zumal der Agrardieselanteil am gesamten Dieselmotorenverbrauch in Deutschland bei knapp 6 Prozent liegt. Fazit: Solche Maßnahmen helfen dem Klima wenig, schaden unseren heimischen Landwirten aber enorm. Die Angleichung der deutschen Agrardieselbesteuerung an EU-Verhältnisse macht die Landwirtschaft wettbewerbsfähiger und zukunftssicherer. Das ist gut für die gesamte Gesellschaft.

Unsere Landwirte brauchen vernünftige Rahmenbedingungen und Planungssicherheit, um auf dem zunehmend globalisierten Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Dazu zähle ich vor allem Kostenentlastung und Anreizsysteme auf der Produktionsseite, Bürokratieabbau sowie Hilfe bei der Erschließung neuer Märkte. Hier liegen die Chancen unserer hochwertigen Qualitätsprodukte. Bei Bündnis 90/Die Grünen und der SPD hat man

Dr. Edmund Peter Geisen

- (A) *angesichts solcher Anträge eher den Eindruck, statt den Landwirten Chancen zu eröffnen, wird alles getan, um ihnen Hindernisse in den Weg zu legen.*

Die FDP wird sich auch weiterhin als verlässlicher Partner der Landwirtschaft zeigen. Das gilt nicht nur für die Verteidigung der reduzierten Agrardieselbesteuerung, sondern auch hinsichtlich der Vermeidung überflüssiger Betriebskosten und Bürokratie. Wir wollen dem Klimaschutz mit einer standortangepassten und nachhaltigen Landwirtschaft gerecht werden. Denn nur eine effiziente Landwirtschaft – den Kulturen, Böden, Witterungsverhältnissen und der Wirtschaftsweise angepasst – schützt das Klima und die Nahrungssicherheit.

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE)

Der „Spiegel“, Ausgabe 42/2010, hat es in der vergangene Woche entdeckt: die diversen Gase beim Rindvieh. Der Artikel „Das Rülpsen der Rinder“ weist auf ein Problem hin, das zum Thema Landwirtschaft und Klimaschutz gehört. Landwirtschaft ist Teil des Problems Klimawandel, aber wachsende Nutzpflanzen sind auch ein CO₂-Speicher, und damit ist die Landwirtschaft auch Teil der Lösung: Klimaschutz.

In welche Richtung dieses Pendel öfter schwingt und welche Wege zu mehr Klimaschutz mit landwirtschaftlicher Produktion führen, sind umstritten. In dem Artikel werden zwei gegensätzliche Lösungswege bezüglich der Tierhaltung beschrieben. Ein Farmer aus Australien hält über 100 000 Rinder in extensiver Weidehaltung. Mehr oder weniger natürlich leben die Tiere dort bis zu ihrem Tod durch Gewehrschuss. Er macht sich kaum Gedanken über das Rülpsen seiner Tiere. Im fernen Rom macht sich jemand umso mehr Gedanken darüber: Ein Wissenschaftler der FAO – das ist die Landwirtschaftsbehörde der Vereinten Nationen – redet der Intensivierung der Nutztierhaltung das Wort. Nur so könnten schädliche Treibhausgasemissionen pro Steak reduziert werden. Nur: Ob diese Ökobilanzierung auch unter Einrechnung aller Klimaeffekte des vorgelagerten Bereichs, zum Beispiel des intensiven Futtermittelanbaus und -transportes, noch so aufgeht? Vielleicht liegt ja, wie so oft im Leben, die kluge Lösung irgendwo in der Mitte?

So gegensätzlich die Lösungswege auch sein mögen, eins ist klar: Wenn wir am 2-Grad-Ziel festhalten wollen – also die globale Klimaerwärmung um maximal 2 Grad Celsius –, dann müssen alle einen Beitrag dazu leisten. Das gilt für alle Wirtschaftszweige wie auch für die Landwirtschaft. Allerdings muss dabei die Sonderrolle der Landwirtschaft betrachtet werden: als Produzent lebensnotwendiger Güter, der Lebensmittel. Deshalb ist sie eben nur bedingt mit Autobauern und Fernsehproduzenten vergleichbar, auch wenn das jüngere Leute als ich vielleicht anders sehen.

Grundlage für eine Strategie für mehr Klimaschutz in der Landwirtschaft muss eine wissenschaftlich belastbare Klimabilanz der landwirtschaftlichen Produktion sein. Dabei ist für mich schon eine wichtige Frage, welche Teilbereiche wir denn in eine solche Rechnung einbeziehen wollen. Aus meiner Sicht sollte diese Rechnung bei der Gewinnung von Mineräldüngern und Pflanzen-

schutzmitteln oder bei der Rodung von Tropenwald zur Landgewinnung für neue Sojaplantagen anfangen. Das geht weiter über die notwendige fossile Energie für landwirtschaftliche Maschinen und Transportfahrzeuge für Lagerung und Kühlung bis zu den Lebensmittelverarbeitern und dem Lebensmittelhandel. Wir brauchen also eine Bilanz vom Mineralabbau zur Düngerproduktion bis zur Supermarktheke. Ob dabei in der Summe dann circa 14 Prozent der Treibhausgase herauskommen, wie der Umweltverband WWF behauptet, oder 5,5 Prozent, wie der Deutsche Bauernverband betont? Ich denke, zwei Dinge sind in dieser Diskussion wichtig: Erstens ist die Landwirtschaft aufgrund ihrer Funktion als Nahrungslieferer nur bedingt mit anderen Bereichen, zum Beispiel Verkehr, zu vergleichen. Mit Apfel-Birnen-Vergleichen tut man ihr unrecht. Aber zweitens muss auch die Landwirtschaft versuchen, Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Da Landwirtschaft nicht abstrakt ist, sondern Bäuerinnen und Bauern tagtäglich durch ihre wertvolle Arbeit Äcker, Weiden und Wälder bewirtschaften, muss eine starke Agrarwissenschaft dazu beitragen, ein großes Arsenal von klimaschonenden Produktionsverfahren zu erarbeiten. Potenziale gibt es viele. Freilandhaltung verursacht vergleichsweise geringe Emissionen. Die Vergärung von Gülle in Biogasanlagen könnte Methan- und Lachgasemissionen deutlich verringern. Düngemittel könnten zielgenauer eingesetzt werden. In Deutschland kann nur die Hälfte des eingesetzten Stickstoffs von den Pflanzen überhaupt genutzt werden.

Für uns als Linke ist der Klimaschutz neben dem Verlust an biologischer Vielfalt ein wichtiges agrarpolitisches Thema, auch bei der Debatte um die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik, GAP, nach 2013. Die Linke hat dazu Vorschläge veröffentlicht. Wir wollen die Direktzahlungen aus der ersten Säule der GAP zielgerichteter an konkrete gesellschaftliche Leistungen binden, also auch an Klimaschutz oder mehr Agrobiodiversität. Zukünftig soll auf die Umnutzung von Grünland zu Ackerland verzichtet werden. Durch Grünlandumbruch werden klimaschädigende Treibhausgase freigesetzt, der Wasserhaushalt gerät in Bedrängnis, und die Artenvielfalt geht zurück. Feldgehölze verbessern die biologische Vielfalt.

Die von den Grünen und der SPD eingereichten Anträge enthalten eine Vielzahl von Vorschlägen, wie der Herausforderung Klimawandel begegnet werden und wie die Landwirtschaft ihren Beitrag zur Reduzierung ihres Treibhausgasausstoßes leisten kann. Wir sollten sie im Ausschuss ernsthaft diskutieren.

Cornelia Behm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Selbst die konservative Bundesregierung schätzt den Gesamtbeitrag der Landwirtschaft an den deutschen Treibhausgasemissionen auf 11 bis 15 Prozent – ein Anteil, der durchaus relevant ist. Die Agrarlobby jedoch – und das erleben wir seit Jahren – redet den Beitrag der Landwirtschaft zum Klimawandel klein, bis hin zu der Behauptung, die Landwirtschaft leiste einen Beitrag

Cornelia Behm

- (A) zum Klimaschutz. Damit verkehrt sie die Tatsachen völlig in ihr Gegenteil.

Nichtsdestotrotz fordert die Agrarlobby, die Landwirtschaft von der klimapolitischen Verpflichtung, die Treibhausgasemissionen zu senken, auszunehmen, und Agrarministerin Aigner hat diese Forderung, wie für eine Agrarministerin von der Union üblich, brav übernommen. Aber angesichts der notwendigen Klimagasreduktion um 90 Prozent geht es nicht an, die Landwirtschaft von den klimapolitischen Verpflichtungen auszunehmen. Denn wenn man die Treibhausgasemissionen um 90 Prozent senken muss, die Emissionen der Landwirtschaft von über 10 Prozent aber stabil bleiben sollen, hieße das im Klartext, Industrie, Verkehr und Haushalte dürften sich gar keine Emissionen mehr leisten. Das ist abwegig. Diese Zahlen zeigen demnach: Ohne Beitrag der Landwirtschaft sind die Klimaziele nicht zu erreichen.

Uns ist selbstverständlich klar, dass das keine leichte Aufgabe ist, wenn man die wachsende Weltbevölkerung ernähren will. Da wird man an vielen verschiedenen Stellschrauben drehen müssen. So wird die Landwirtschaft den Agrardieselverbrauch drastisch senken müssen, zum Beispiel durch Umstellung auf Pflanzenöl und Biodiesel sowie durch effizientere Landmaschinen. Deswegen ist es grundfalsch, den Agrardiesel steuerlich zu entlasten, wie es die Bundesregierung tut. Das führt nicht zu CO₂-Einsparungen, sondern zu einem höheren Verbrauch fossiler Ressourcen.

- (B) Die Landwirtschaft wird auch den Abbau von Humus und organischer Substanz durch humuszehrende Bewirtschaftung, durch Grünlandumbruch und landwirtschaftliche Nutzung von Mooren stoppen müssen. Allein die landwirtschaftliche Nutzung von Moorböden ist für 30 Prozent der Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft verantwortlich – auf nur acht Prozent der Agrarfläche. Durch die Wiedervernässung von Mooren und die Nutzung als extensives Grünland wäre also ein großer Beitrag zur Senkung der Emissionen zu erreichen.

Die Landwirte werden aber auch die Methan- und Lachgasemissionen aus Tierhaltung und Düngung senken müssen. Laut Indikatorenbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie liegen die Stickstoffüberschüsse in der Landwirtschaft immer noch bei 145 Kilogramm pro Hektar. Das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie für 2010 sind 80 Kilogramm. Die Düngeverordnung gibt sogar nur 60 Kilogramm pro Hektar vor. Dieser überschüssige Stickstoff landet zum Teil im Grundwasser und zum Teil als Klimagas in der Atmosphäre. Trotzdem ist die Bundesregierung nicht bereit, zusätzliche Maßnahmen zur Verminderung der Stickstoffüberschüsse zu ergreifen. Das wären beispielsweise zusätzliche Sanktionsmechanismen in der Düngeverordnung und eine Stickstoffüberschussabgabe, die als finanzielles Instrument Anreize zur Vermeidung von Stickstoffüberschüssen setzt. Die Tatsache, dass reine Ackerbaubetriebe und auch viele tierhaltende Betriebe keine Probleme mit der Einhaltung der Quasi-Stickstoffgrenzwerte haben, sondern die Probleme ganz klar auf die regionalen Schwerpunkte der Tierhaltung konzentriert sind, zeigt, dass sich

- die Betriebe anpassen können und dass dieses Instrument von daher auch wirken würde. (C)

Es ist in diesem Zusammenhang völlig inakzeptabel, dass die Bundesregierung bei der Frage nach zusätzlichen Maßnahmen zur Erreichung der von der EU vorgeschriebenen maximalen Ammoniakemissionen von 550 Kilotonnen ab 2010 auf Zeit spielt und darauf verweist, man müsse erst einmal die neuesten Schätzungen abwarten, um zu sehen, ob es zu Überschreitungen kommt. Dieses Zeitspiel der Bundesregierung zeigt, dass sie nicht bereit ist, das Notwendige und schon heute Mögliche zu tun. Im Gegenteil, sie setzt auf eine Expansion der Tierhaltung und nimmt damit sogar eine Verstärkung der Emissionen aus der Tierhaltung in Kauf.

Der SPD-Antrag ist sehr umfassend und geht in die richtige Richtung. Im Bereich der EU-Agrarpolitik vertreten wir jedoch eine andere Position. Während die SPD eine nachhaltige, klimaschonende Landwirtschaft vor allem über die zweite Säule stärken will, wollen wir diese globale Herausforderung auch in der ersten Säule verankern. Für klimaschädliche Produktionsweisen darf es keine Förderung mehr geben. Zu klimaschädlichen Subventionen wie der Agrardieselbeihilfe äußert sich die SPD in ihrem Antrag nicht. Das wäre aber nötig gewesen, um ihren Standpunkt angesichts ihres widersprüchlichen Agierens in dieser Frage deutlich zu machen. Schließlich hat die Große Koalition der schwarz-gelben den Weg zum Ausbau der Agrardieselsubventionierung geebnet. Konsequente Klimaschutzpolitik für die Landwirtschaft sieht anders aus.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/1575 und 17/2487 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Karin Binder, Ralph Lenkert, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Ungefährliche und klimaschonende Kältemittel in Kfz-Klimaanlagen verwenden

– Drucksache 17/3432 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt werden zu Protokoll genommen.

Christian Hirte (CDU/CSU):

Der Klimawandel ist die globale Herausforderung für die Staatengemeinschaft. National wie international müssen wir heute Entscheidungen treffen, damit künftige Generationen nicht nur ausreichend mit Energie und

(D)